



## Protokoll

Jugendhilfeausschuss | Sitzung  
**18. März 2026**, 16:30 Uhr bis 17:20 Uhr  
**öffentlich**  
Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal  
Vorsitzende: Bürgermeisterin Yvette Melchien  
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 33  
Abwesende Mitglieder: 3

### Öffentlicher Teil:

Die **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal.

#### **TOP 1      Karlsruher Startchancen-Strategie (Säule III)** - Vorlage -

Die **Vorsitzende** begrüßt Herrn Allgaier (SuS) und Frau Beutler (Staatliches Schulamt Karlsruhe).

**Herr Dimmler (SJB)** führt in den TOP ein.

**Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE):** Durch infrastrukturelle Verbesserungen und Gruppenangebote soll eine Effizienzsteigerung erfolgen und die individuellen Hilfen reduziert werden. Wie realistisch ist das und können wir weiterhin von einer angemessenen Deckung der individuellen Bedarfe ausgehen? Wie wird das Controlling erfolgen und kann gegebenenfalls rechtzeitig nachgesteuert werden? Besteht vielleicht auch durch das genauere Betrachten der Angebote das Risiko, dass die individuellen Bedarfe noch sichtbarer und zu einem „Mehr“ führen werden? Welche konkreten Angebote stehen hinter dem jeweiligen Budget pro Schule? Wie ist die Aufteilung für die Arbeit am Kind oder beispielsweise für den Träger vorgesehen? Bisher sind elf von zweiundzwanzig Schulen an der Startchancen-Strategie beteiligt, haben die restlichen derzeit keinen Bedarf beziehungsweise wie wurden die Schulen ausgewählt? Oder hängt es mit der Clusterbildung zusammen, dass derzeit nur die Hälfte der Schulen beteiligt ist?

**Frau Stadträtin Döring (KAL):** Nach welchen Aspekten ist das Clustern erfolgt, insbesondere da manchen Schulen innerhalb eines Clusters räumlich weit auseinander liegen?

**Frau Dr. Mezger (StA Durlach)** betritt den Saal.

**Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Welche Möglichkeiten gibt es perspektivisch weitere Schulen aufzunehmen? Haben die Träger\*innen ausreichend Personal, um für die aktuell bestehenden drei Cluster mit den elf Schulen vollumfänglich zum Startzeitpunkt anzufangen?

**Frau Pich (stja)** betritt den Saal.

**Frau Stadträtin Geißinger (Volt):** Es werden viele verschiedene Zielsetzungen in einem breiten Spektrum genannt. Gibt es in einzelnen Clustern oder Schulen spezielle Schwerpunkte? Ist unter Berücksichtigung des aktuellen Einstellungsstopps der Stadt Karlsruhe eine schnelle Umsetzung der Angebote denkbar?

**Herr Dimmler:** Es wurde mit der Idee, die Qualität der Angebote an den Schulen zu steigern, an das Projekt herangegangen und nicht, um damit „Geld einzusparen“. Die Orientierung erfolgte an bereits umgesetzten Programmen anderer Bundesländer sowie Städten in Baden-Württemberg. Bei der Auswahl der Schulen ist die Verwaltung auf das Staatliche Schulamt sowie die Schulen zugegangen. Es gab Informationsveranstaltungen, um die Ideen vorzustellen und in den Austausch mit den verschiedenen Schulleiterinnen und Schulleitern zu treten. Im Prozessergebnis werden die ersten elf Schulen gemeinsam mit der Verwaltung überlegen, was die Herausforderungen sind und wie man ans Ziel gelangt. Die anderen Schulen sind grundsätzlich Teil des Startchancen-Programms, jedoch haben sie festgestellt, vorerst ohne eine Teilnahme gut aufgestellt zu sein. Die Schulleitungen würden eine Steigerung der Bedarfe sicher verneinen. Das Programm bietet die Möglichkeit, schnell eine individuelle Unterstützung zu gewährleisten und diese auch zeitnah wieder zu reduzieren. Dahinter steckt die Idee der Prävention. Dadurch lassen sich teilweise kostenintensive Hilfen vermeiden. Die Startchancen-Schulen wurden nach einem Sozialindex ausgewählt, also Schulen an denen sozialbenachteiligte Schülerinnen und Schüler sind. Die Schulsozialarbeit wird weiterhin bestehen und bei individuellen Bedarfen allen Schulen zur Seite stehen.

Bei der Clusterbildung geht es unter anderem darum, das Angebot für die Träger\*innen attraktiver zu machen. Durch größere Budgets für die Planung können breitere Programme, nicht nur für sozialpädagogische Bedarfe, sondern auch für verschiedene Bildungsbedarfe, aufgestellt werden.

**Herr Nees (SJB):** Die tatsächlichen Bedarfe der Kinder und Jugendlichen im Startchancen-Programm liegen in der Zukunft und können derzeit nicht festgestellt werden. Deshalb beziehen sich die benannten Einsparungen auf die aktuellen Bedarfe und was wir momentan hätten einsparen können, wenn die Hilfe bereits erbracht worden wäre. Es ist also derzeit eine Prognose, die wir aktiv kontrollieren werden. Der Großteil der Leistungen wird über Träger\*innen erbracht werden. Bei der Sozial- und Jugendbehörde sind in diesem Bereich vorerst keine personellen Vakanzen zu erwarten, somit hat hier die Personalbesetzungssperre derzeit keine Auswirkung.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss nimmt von der Vorlage Kenntnis.

**TOP 2            Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften – Anpassung der Aufgabenerledigung im Rahmen gesetzlicher Veränderungen**  
- Vorlage -

**Frau Grebhardt (SJB)** führt in den TOP ein.

**Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Nicht nur im Vergleich zu anderen Städten ist klar, dass die Zahl der Amtsvormundschaften beziehungsweise die Fallzahlenobergrenze abgesenkt werden muss.

**Herr Stadtrat Kalmbach (FÜR):** Es werden mindestens vier Stunden/Monat/Mündel als erforderlich angesehen, was 30 Fällen pro Vollzeitäquivalent (VZÄ) entspricht. Das ergibt insgesamt 120 Stunden/Monat. Entspricht dies einem VZÄ bei der Stadt Karlsruhe? Sind ein VZÄ nicht in der Regel 160 Stunden oder mehr?

**Frau Stadträtin Kaufmann (DIE LINKE.):** Da vor fünf Jahren bereits 30 Fälle pro VZÄ empfohlen wurde, wäre es dann nicht als sinnvoll zu erachten „so wenig Fälle wie möglich“? Es gibt für die in der Vorlage genannten 35 Fälle sicherlich eine vertretbare Begründung.

**Frau Stadträtin Schmid (SPD):** Wenn die Fallquote gesenkt wird, dann benötigt man rechnerisch mehr Mitarbeitende. Wie soll das gelöst werden?

**Herr Nees:** Die Kontaktzeit die in der Vorlage benannt ist, ist die tatsächlich Zeit, die „am Kind“ erbracht werden muss. Hinzu kommen noch viele weitere Tätigkeiten, wie zum Beispiel Absprachen zur Lebenssituation, zu rechtlichen Gegebenheiten, aber eben auch Fahrzeiten. Alleine die Multiplikation der Fallzahl mit der Kontaktzeit des Kindes entspricht nicht dem tatsächlichen Zeitaufwand. Wir schlagen 35 Fälle im Angesicht der angespannten Finanzsituation der Stadt Karlsruhe vor, aber auch in enger Rücksprache mit dem Team Vormundschaften. Es wird eine Personalbemessung mit dem Personal- und Organisationsamt erfolgen, jedoch der fachliche Vorschlag ist vorerst eine Reduzierung auf 35 Fälle/VZÄ.

**Frau Stadträtin Döring** bittet nach Abschluss der Personalbemessung um Mitteilung des Ergebnisses im Jugendhilfeausschuss.

**Die Vorsitzende:** Wir kommen mit dem Ergebnis sowie mit einem Beschlussvorschlag in den Gemeinderat.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss nimmt den dargestellten Sachverhalt und den Vorschlag der Verwaltung zur strukturellen Anpassung der Aufgabenerledigung im Team Vormundschaften der Abteilung Beistandschaften, Vormundschaften, Unterhaltsvorschusskasse (BVU) in der Sozial- und Jugendbehörde zur Kenntnis.

**TOP 3:       Anpassung zweier Projekte aus der Kita-Bedarfsplanung**  
- Vorlage -

**Frau Merseburg (SJB)** führt in den TOP ein.

**Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE):** Ein Punkt an dieser Stelle betrifft den Rückgang der Kinderzahlen. Der Ausblick, wie sich die Bedarfe in Karlsruhe verändern und wie sich das auswirkt, wäre interessant.

**Frau Stadträtin Meier-Augenstein:** Es kommen nicht wirklich 60 Plätze neu hinzu, sondern ein Projekt in Grötzingen und eins in Durlach werden stattdessen nicht realisiert. Warum werden diese nicht umgesetzt, insbesondere da in Grötzingen eine Unterversorgung vorliegt?

**Frau Merseburg:** Der Träger Mäusezauber GmbH hat sein Vorhaben niedergelegt und wird seine Plätze nicht realisieren, so dass diese in der Bedarfsplanung freigeworden sind und umgewidmet werden konnten. Dennoch sind in Durlach und Grötzingen noch zwei Projekte vorgesehen.

Der allgemeine Rückgang der Kinderzahlen wirkt sich nun auch auf die kommunale Kinderbetreuung in Karlsruhe aus. Die Zahl der Neugeborenen im Stadtgebiet lag gemäß der neusten Bevölkerungsstatistik des Amtes für Stadtentwicklung auf dem niedrigsten Stand seit 39 Jahren, und die Prognosen für die nächsten Jahre sehen einen weiteren Rückgang voraus. Aktuelle Entwicklungen zeigen in einzelnen Stadtteilen bereits erste Anzeichen der Entspannung im Mangel an Kita-Plätzen. Zum einen ist die Zahl der Fehlplätze natürlich durch den kontinuierlichen Ausbau der Kitas in Karlsruhe zurückgegangen, zum anderen wirkt sich die Personalgewinnung und Fachkräftebesetzung sowie stärker besetzte Ausbildungsplätze aus. Die Entwicklung, dass immer mehr Träger\*innen freie Plätze im U3-Bereich melden, ist jedoch entscheidend. Das bedeutet, dass ein weiterer Ausbau bedarfsorientiert und gezielt gesteuert werden muss. In enger Zusammenarbeit mit den Trägerinnen und Trägern muss der Bestand geprüft und zukunftsfähig aufgestellt werden. Und insgesamt bedarf es eines grundlegenden Monitorings, um den Ausbaubedarf kurz-, mittel- und langfristig im Blick zu behalten. Es bedarf keiner übereilten kurzfristigen Maßnahmen, sondern es besteht die Möglichkeit, die Kita-Landschaft strategisch weiterzuentwickeln mit einem stärkeren Fokus auf Qualität und tragfähige Strukturen.

**Herr Barton (AWO):** Kitas, die Bundesförderung erhalten haben, dürfen ihre Gruppen nicht einfach in andere Angebotsformen umwidmen. Das ist ein Problem und führt auch teilweise zu nicht belegten Plätzen im U3-Bereich. Dies hat somit nicht nur mit dem demographischen Wandel zu tun. Es braucht mehr Flexibilität, um nach Lösungen ohne Platzabbau zu suchen.

**Die Vorsitzende** dankt Herrn Barton für seinen Beitrag.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

**TOP 4      Änderung in der Zusammensetzung der Mitglieder der Drogenkommission**  
- Vorlage -

Die **Vorsitzende** ruft direkt zur Abstimmung auf.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss bestellt  *einstimmig*  Herrn Stadtrat Mathias Tröndle anstelle von Frau Stadträtin Yvette Melchien zum Mitglied der Drogenkommission.

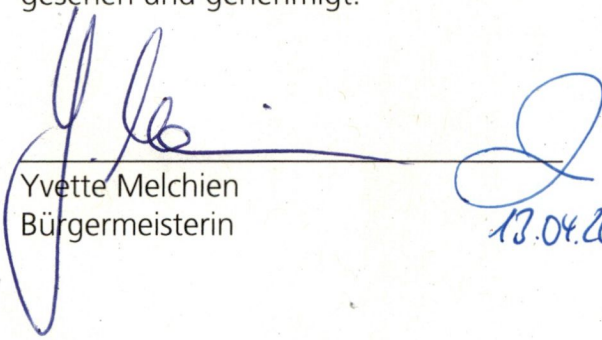
**Die Vorsitzende** stellt die Nichtöffentlichkeit her.

---

Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nicht öffentlicher Teil.

Karlsruhe, den 25. März 2026

gesehen und genehmigt:

  
Yvette Melchien  
Bürgermeisterin

13.04.26

  
Carmen Edler  
Schriftführerin